



Vorlage an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Titel: **Bericht der Schweizer Delegation des Oberrheinrates
zu ihrer Tätigkeit in den Jahren 2013/2014, inklusive Einschätzung
zur Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der
Oberrheinregion**

Datum: 16. März 2015

Nummer: 2015-131

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links: - [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
 - [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
 - [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
 - [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



Schweizer Delegation – Délégation suisse

Delegationsbeschluss vom 16.03.2015

Bericht der Schweizer Delegation des Oberrheinrates

**zu ihrer Tätigkeit in den Jahren 2013/2014, inklusive Einschätzung zur
Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der
Oberrheinregion**

zuhanden der Regierungen und Kantonsparlamente von Aargau, Basel-Landschaft,
Basel-Stadt, Solothurn und Jura

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	3
1 Kompetenzen und Organisation des Oberrheinrats	3
2 Hauptthemen im Oberrheinrat	4
2.1 EuroAirport.....	4
2.2 Maut, gemeinsame Raumplanung.....	4
2.3 Energiewende und Umweltschutz	5
2.4 Lehrlingsaustausch und Zweisprachigkeit	5
3 Zur Rolle des Oberrheinrats im trinationalen Gefüge	6
4 Entwicklung der Oberrheinkooperation	6
4.1 Entwicklung der Trinationalen Metropolregion Oberrhein	6
4.2 Zunehmende Disparitäten und Ungewissheit wegen französischer Gebietsreform	7
4.3 Ein Abseits der Schweiz vermeiden	8
5 Antrag	8

Einleitung

Erstmals berichtet die Schweizer Delegation des Oberrheinrates zuhanden der fünf vertretenen Kantonsparlamente formell über ihre Tätigkeit in den Jahren 2013 und 2014. Damit einher geht eine Einschätzung zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Oberrheinregion. Ziel ist es, mit der neu gemeinsamen Berichterstattung zuhanden der Kantonsparlamente die Entwicklungen am Oberrhein breiter zu thematisieren und das Interesse und Verständnis für die grenzüberschreitende Sichtweise zu stärken.

Im Oberrheinrat hatten in der Berichtsperiode folgende Mitglieder der Kantonsparlamente Einsitz:

Aargau (3)	Roland Agustoni; Regula Bachmann; Walter Deppeler (2013); Hansjörg Erne (2014)
Basel-Landschaft (3)	Peter Brodbeck; Christoph Hänggi; Balz Stüchelberger; Elisabeth Augstburger (Ersatzmitglied)
Basel-Stadt (3)	Helmut Hersberger; Helen Schai; Heinrich Ueberwasser; Sarah Wyss (Ersatzmitglied).
Solothurn (1)	Hans Abt (2013); Hans Büttiker (2014)
Jura (1)	Emmanuel Martinoli (2013); Jean-Daniel Tschan (2014)

Den Delegationsvorsitz hatte der Basler Grossrat Helmut Hersberger.

1 Kompetenzen und Organisation des Oberrheinrats

Der deutsch-französisch-schweizerische Oberrheinrat¹ ist 1997 mit dem Ziel gegründet worden, die gegenseitige Information und Absprache unter den politisch Gewählten am Oberrhein zu verbessern. Als trinationales «Parlament» begleitet er die Arbeit der Oberrheinkonferenz (ORK)², welche bereits seit den siebziger Jahren die Regierungs- und Verwaltungsbehörden am Oberrhein verbindet. In der Oberrheinkonferenz arbeiten mehrere hundert Experten gemäss jeweiligem Fachgebiet zusammen.

Dem Oberrheinrat gehören 71 Mandatsträgerinnen und Mandatsträger aus dem Elsass (26), Baden (26), der Südpfalz (8) und der Nordwestschweiz (11) an. Grossmehrheitlich handelt es sich um Mitglieder des Landtags von Baden-Württemberg, des Landtags von Rheinland-Pfalz, elsässischen Mitgliedern des Regionalrates bzw. der Generalräte sowie um Nordwestschweizer Parlamentsmitglieder. Die vier Regionen bilden je eine Delegation.

Gemäss Gründungsvereinbarung fasst der Oberrheinrat Beschlüsse in Form von Resolutionen, die sich an die Oberrheinkonferenz, die nationalen, kantonalen und Landesregierungen und deren Vertreter oder an europäische Einrichtungen (z.B. das EU-Parlament) richten.

Der Oberrheinrat trifft sich jährlich zweimal zu Plenarversammlungen; 2013 in Rastatt und Freiburg i.Br. unter dem Präsidium von MdL Willi Stächele, 2014 in Landau und Germersheim unter dem Präsidium des Landauer Stadtrates Theo Kautzmann. Für 2015 ist der elsässische Präsident Philippe Richert zum Vorsitzenden gewählt worden. Das Präsidium für 2016 steht turnusgemäss der Schweizer Delegation zu.

¹ www.oberrheinrat.org

² www.oberrheinkonferenz.org

Der Oberrheinrat hat vier Kommissionen, bestehend aus 15 Mitgliedern. Der Baselbieter Landrat Peter Brodbeck hat den Vorsitz der Kommission Wirtschaft & Arbeitsmarkt. Die Kommission Verkehr & Raumordnung wird von Baden-Württemberg, die Kommission Kultur, Jugend & Bildung von Rheinland-Pfalz und die Kommission Umwelt & Landwirtschaft vom Elsass präsidiert. Die Kommissionen tagen zweimal jährlich im Vorfeld der Plenarversammlungen.

Wichtiges Lenkungsorgan des Oberrheinrates ist der Vorstand. Er bereitet die Plenarversammlungen vor und ist für die Beziehungen mit den weiteren Institutionen am Oberrhein verantwortlich. Von Schweizer Seite haben Grossrat Helmut Hersberger (BS, Vizepräsident), Landrat Peter Brodbeck (BL) und Grossrat Roland Agustoni (AG) Einsitz.

Der Oberrheinrat verfügt bis heute über kein eigenes Budget. Die Kosten für die Geschäftsführung des Plenums müssen von jener Gebietskörperschaft übernommen werden, die während eines Jahres das Präsidium stellt. Die Nordwestschweiz wird 2016 wieder an der Reihe sein. In früheren Präsidiums Jahren hat die Kostenteilung zumindest unter den beiden Basel und dem Aargau gut geklappt. Die administrative Unterstützung wird vom baselstädtischen Parlamentsdienst und der Baselbieter Landeskanzlei gewährleistet. Zur Zeit sind Bestrebungen im Gang, eine Sekretariatsstelle für den Oberrheinrat beim ORK-Sekretariat in Kehl einzurichten.

2 Hauptthemen im Oberrheinrat

2.1 EuroAirport

Am Beispiel des Steuerstreits rund um den binationalen EuroAirport zeigten sich 2014 die Chancen, aber auch die Grenzen der regionalen Zusammenarbeit. Die Akteure der Oberrhein Kooperation profitierten von ihrer guten Vernetzung und konnten gegenüber Frankreich rasch und konzertiert Stellung beziehen. Der Oberrheinrat intervenierte in einem Brief an den französischen Staatspräsidenten Hollande, die bisherigen Rahmenbedingungen mit einem binationalen Charakter des EuroAirport aufrecht zu erhalten. Die Schweizer Delegation kontaktierte zudem Bundespräsident Didier Burkhalter im Hinblick auf sein Treffen mit Hollande von Ende Oktober 2014. Dabei erinnerte sie an das Treffen der drei Staatschefs Mitterrand, Kohl und Delamuraz von 1989 in Basel und die damalige Unterzeichnung der Trinationalen Erklärung, in deren Zentrum der Aufruf stand, den grenzüberschreitenden Dialog zu vertiefen. Mit diesen Interventionen ist es gelungen, das wichtige Thema zuoberst auf die Agenda zu bringen. Es bleibt zu hoffen, dass der immer noch schwelende Konflikt über die Steuerhoheit am schweizerischen Teil des EuroAirports in diesem Jahr beizulegen.

2.2 Maut, gemeinsame Raumplanung

Mittels Resolution forderte der Oberrheinrat 2014 einstimmig, dass Überlegungen für eine gebührenpflichtige Strassennutzung in Deutschland – wenn überhaupt – auf Bundesautobahnen eingeschränkt werden, da auch in Frankreich und in der Schweiz lediglich die Nutzung der Autobahnen kostenpflichtig ist. Er warnte, dass die Einführung einer Maut auf Landes- und Kommunalstrassen den grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungsverkehr im Oberrheingebiet massiv belasten würde und eine entsprechende Antwort der anderen Länder nicht auszuschliessen wäre.

Weiter unterstützte der Oberrheinrat eine von der Oberrheinkonferenz ausgearbeitete Willenserklärung zur verstärkten grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Raumplanung. Bisher musste im Oberrheinraum ein Nachbar nur dann über ein Vorhaben informiert werden,

wenn es Umweltauswirkungen auf dessen Gebiet hatte. Nun wird die – allerdings letztlich weiterhin auf Freiwilligkeit beruhende – Informationspflicht auf Vorhaben mit relevanten territorialen Auswirkungen im Nachbarland ausgeweitet (z.B. Bau eines grossen Gewerbegebietes nahe der Grenze oder andere grössere Infrastrukturen).

2.3 Energiewende und Umweltschutz

Für die Wirtschaftsregion Oberrhein ist Energie ein zentrales Thema. An der Plenarversammlung des Oberrheinrats vom Juni 2013 warnte der damalige EU-Kommissar für Energie, Günther Oettinger, die Schweiz davor, im europäischen Energiemarkt abseits zu stehen.

Seit 2012 ein emotionales Thema im Oberrheinrat ist die Stilllegung des Kernkraftwerks Fessenheim. Die Debatten zeigten, dass sich die französische Delegation vehement gegen eine Schliessung wehrt, da dem Elsass ansonsten 50 Prozent seiner Energie und viele Arbeitsplätze verloren gehen würden. Im Sinne einer innovativen statt konfrontativen Lösungssuche forderte der Oberrheinrat deshalb 2013 weitgehende Abklärungen, ob auf dem Areal des heutigen KKW Fessenheim ein Gewerbegebiet mit Schwerpunkt «erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Kreislaufwirtschaft» entwickelt werden könnte. Die wirtschaftliche und energetische Transformation von Fessenheim solle in grenzüberschreitender Zusammenarbeit erfolgen.

Der Oberrheinrat wehrte sich auf Ersuchen der elsässischen Vertreter gegen Pläne der Behörden des Rhein-Maas-Beckens, Calciumchloridrückstände aus der Salzindustrie Lothringens über eine Pipeline in den Rhein zu leiten. Er bat auch die Internationale Kommission zum Schutz des Rheins um Unterstützung.

2.4 Lehrlingsaustausch und Zweisprachigkeit

Ende 2013 unterzeichnete der Präsident des Oberrheinrats die Vereinbarung zum Ausbau der grenzüberschreitenden Berufsbildung, welche zwischen dem Elsass, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz zustande gekommen ist. Dank diesem Abkommen kann ein Auszubildender die theoretische Ausbildung im Heimatland und den praktischen Teil bei einem Unternehmen im Ausland absolvieren. Begegnet werden kann so gleichzeitig der Jugendarbeitslosigkeit im Elsass wie auch dem Lehrlingsmangel auf badischer Seite, und die Zweisprachigkeit und Mobilität der Jugendlichen wird gefördert. Die Schweiz nimmt am Abkommen bisher nicht teil. Die Schweizer Delegation des Oberrheinrates organisierte deshalb ein Treffen zwischen dem elsässischen Präsidenten Philippe Richert und Basler Wirtschaftsverbänden. In späteren Stellungnahmen betonten diese, dass elsässische Jugendliche für eine Lehrsausbildung in der Schweiz willkommen seien. Zum Zwei-Länder-Modell der Vereinbarung äusserten sie allerdings Vorbehalte.

Mit Verweis auf die 2013 verabschiedete «Oberrhein-Charta zur Förderung der Mehrsprachigkeit» forderte der Oberrheinrat den weiteren Ausbau bilingualer Züge an Grundschulen und bedauerte, dass solche in gewissen Gebieten des Oberrheins nicht weitergeführt werden. Die Schweizer Delegation hob das Positivbeispiel der zweisprachigen Klassen in Delémont hervor.

Ein weiteres Anliegen des Oberrheinrates war eine konsequente zweisprachige Beschilderung wichtiger touristischer Destinationen und historischer Stätten in der Oberrheinregion.

Nicht weitergeführt wird der vom Oberrheinrat zwischen 2003 und 2011 zweijährlich organisierte «Tag der Schulen am Oberrhein». Statt eines eigenen Begegnungstags werden künftig andere, von der Oberrheinkonferenz durchgeführte Jugendbegegnungen unterstützt.

3 Zur Rolle des Oberrheinrats im trinationalen Gefüge

Die Oberrheinkooperation bietet für die Nordwestschweiz die grosse Chance, in einem trinationalen Lebensraum mitzuwirken, der 6 Millionen Einwohner hat, ein Bruttoinlandprodukt (BIP) von gut 200 Mia. Euro erwirtschaftet – was etwa dem BIP Dänemarks entspricht – in dem mehr als 100'000 Grenzgänger arbeiten, 25 Universitäten und Hochschulen angesiedelt sind und der verkehrstechnisch im Herzen Europas liegt. Den grundlegenden institutionellen Rahmen für die Zusammenarbeit bildet die Oberrheinkonferenz. Sie verfügt über eigene personelle und finanzielle Ressourcen und über das Fachwissen der Verwaltungen. Damit ist sie es, die Projekte massgeblich initiiert und umsetzt.

Der Oberrheinrat kann auf Projektebene allerdings als Impulsgeber und Unterstützer mitwirken. Auch arbeiten die Kommissionen von Oberrheinrat und Oberrheinkonferenz teilweise sehr gut zusammen. Überlegungen, wonach der Oberrheinrat die Auswahl grenzüberschreitender Anstrengungen treffen soll (z.B. Erteilung von Aufträgen), wurden bisher nur zögerlich aufgenommen. Als politisches Gegengewicht zur verwaltungslastigen Oberrheinkonferenz verleiht er der Oberrheinkooperation aber mehr Legitimation. Der Wissens- und Meinungsaustausch im Oberrheinrat ermöglicht es den Mitgliedern ausserdem, Informationen aus dem trinationalen Raum und die Perspektive der Nachbarn ins eigene Parlament einzubringen.

Der Oberrheinrat erreicht mit manchen Anliegen eine breite Medienberichterstattung, zumindest auf deutscher und französischer Seite. Wie viel Wirkung die Resolutionen des Oberrheinrates letztlich haben, ist schwierig zu beurteilen. Oftmals ist er nur, aber immerhin eine Stimme in einem breiten Fächer von Anstrengungen, die bei den regionalen und nationalen Regierungen bzw. bei der Europäischen Union ein grenzüberschreitendes Anliegen vertreten und eine Stellungnahme einfordern. Auf Schweizer Seite koordiniert neuerdings die Nordwestschweizer Regierungskonferenz die Stellungnahmen der Kantone.

Der Oberrheinrat ist Teil der Governance, mit der die Oberrheinregion in Brüssel als grenzüberschreitende Modellregion Europas auftritt. Die Tatsache, dass die EU-Kommission die INTERREG-Fördergelder für den Oberrhein für die Periode V 2015-2020 noch einmal stark erhöht hat (109,6 Mio. gegenüber 67 Mio. Euro für die Periode IV), lässt darauf schliessen, dass die Region mitsamt ihrer Organisationsstruktur und ihrem «Parlament» Oberrheinrat in Brüssel eine hohe Anerkennung und Wertschätzung geniesst.

4 Entwicklung der Oberrheinkooperation

4.1 Entwicklung der Trinationalen Metropolregion Oberrhein

Im Dezember 2010 erfolgte die Gründung der «Trinationalen Metropolregion Oberrhein» (TMO)³; sie wird von der Bundesrepublik, Frankreich und der Eidgenossenschaft offiziell anerkannt. Die TMO baut auf vier Säulen auf: der Säule Politik (mit Oberrheinkonferenz, Oberrheinrat, den vier Eurodistricten und dem Städtenetz) sowie den Säulen Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Übergeordnetes Ziel ist die Weiterentwicklung des international starken Wirtschafts- und Wissensstandorts Oberrhein mit hoher Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger.

Die Erwartung, dass sich mit der Säule Politik eine breiter abgestützte politische Steuerung der Oberrheinkooperation ergibt, hat sich bisher nicht erfüllt. Allein eine enge Verzahnung von

³ www.rmtmo.eu

Oberrheinkonferenz und Oberrheinrat, wie sie von letzterem seit langem angestrebt wird, würde diese effiziente Zusammenarbeit ermöglichen. Es ist jetzt wichtig, dass die Regierungen diese Zusammenarbeit konkret fordern und unterstützen.

Gegenüber den anderen Säulen hat die Säule Politik keine Steuerungsberechtigung. Die Säulen, namentlich Wirtschaft und Wissenschaft, haben in Zusammenarbeit mit diversen Akteuren wie Gewerbeverbänden und Universitäten sowie den Arbeitsgruppen der Oberrheinkonferenz je eine eigene Dynamik entwickelt. Insgesamt ist mit der TMO-Struktur die ohnehin schwierig durchschaubare Oberrheinkooperation noch intransparenter geworden und der Koordinationsaufwand unter den Akteuren hat eher zugenommen. Zwar bestimmt die Spitze der Säule Politik jährlich einen «Sprecher», der die TMO in eine Richtung leiten und Erreichtes bürgernah nach aussen kommunizieren soll; 2014 war Regierungsrat Urs Wüthrich-Pelloli Sprecher. Kompetenzen und Ressourcen sind mit dem Amt aber nicht verbunden. Die Schweizer Delegation sieht bei der Struktur «TMO» klaren Handlungsbedarf.

Betreffend der Säule Zivilgesellschaft der TMO regt die Delegation an, die jährlich stattfindenden «Bürgerdialoge», mit denen die Bevölkerung einbezogen werden soll, zu überdenken. Unter den Teilnehmenden des letzten Bürgerdialogs vom 15. Nov. 2014 in Liestal fanden sich fast nur Fachpersonen. Mehr Bürgernähe würde sich womöglich ergeben, wenn die Bürgerdialoge auf Ebene der Eurodistricts angesiedelt würden.

Ausser Frage steht für die Delegation, dass am Oberrhein mit Unterstützung von INTERREG eine Vielzahl an wichtigen Projekten realisiert wird. Von manchen profitiert die Nordwestschweiz sehr direkt. Zu nennen sind etwa

- das trinationale Energienetzwerk TRION⁴ zur Förderung erneuerbarer Energien und dem Klimaschutz
- das trinationale Netzwerk «Neurex»⁵ zur Vernetzung der Universitäten im Bereich der Neurowissenschaften und Förderung von Start-ups
- «UpperRhine Valley»⁶ zur gemeinsamen touristischen Vermarktung des Oberrheins
- «Connecting Citizen Ports 21»⁷ zur Optimierung des Containertransports der Rheinhäfen

Die Oberrheinkooperation fördert ausserdem wichtige grenzüberschreitende Zusammenarbeiten, beispielsweise in der Katastrophenhilfe, wo regelmässig Szenarien (z.B. Erdbeben) beübt werden. In diesem Bereich besteht allerdings weiterhin grosser Handlungsbedarf.

4.2 Zunehmende Disparitäten und Ungewissheit wegen französischer Gebietsreform

In der Oberrheinregion sind die Teilregionen in Bezug auf den wirtschaftlichen Wohlstand in den letzten Jahren weiter auseinandergedriftet. Das Elsass kämpft mit einer massiven Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig stagniert die Zahl elsässischer Grenzgänger, auch wegen abnehmenden Deutschkenntnissen.

Die – vom Elsass entschieden abgelehnte – französische Gebietsreform, die das Elsass bereits auf 2015 mit der Lorraine und Champagne-Ardenne zu einer Grossregion fusioniert, schafft

⁴ www.trion-climate.net

⁵ www.neurex.org

⁶ <http://www.upperrhinevalley.com>

⁷ www.citizenports.eu

eine Region, die anderthalb mal so gross ist wie die Schweiz. Ob diese künstliche Zusammenlegung mit anderen Ausrichtungen und differierenden historischen Wurzeln in der Praxis gelingt, bleibt fraglich. Was dies für die Oberrheinkooperation bedeutet, ist offen; der Oberrheinrat ist jedenfalls sehr besorgt. Eine politische Schwächung des Elsass und seiner bisherigen Hauptstadt Strasbourg wäre fatal. Grundsätzlich kann das Elsass auch als Teil einer Grossregion unverändert an der Oberrheinkooperation teilnehmen; die beiden Bundesländer Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, die nur mit ihrem südlichen Teil dabei sind, beweisen dies seit Jahren erfolgreich.

4.3 Ein Abseits der Schweiz vermeiden

Die Schweiz hat mit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative Unsicherheit in der Oberrheinkooperation ausgelöst, insbesondere in der Frage der künftigen Behandlung der Grenzgänger sowie in der Forschung, wo die Schweiz von der EU nur noch als Drittstaat klassiert wird.

Weiter ist festzustellen, dass die Europäische Union die Interreg-Fördermittel für 2015-2020 substanzieller erhöht hat als die Schweizer Kantone und der Bund. Die EU steuert die erwähnten 109,6 Mio. Euro bei (+63%), Kantone und Bund voraussichtlich rund 20 Mio. Franken, was maximal einer Erhöhung um +25% entspricht. Damit wird die Schweizer Seite schon aus diesem Grund bei manchen Projekten abseits stehen. Die deutsch-französische Achse geht aber auch aufgrund ihrer EU-Verbundenheit immer rascher gemeinsam voran.

Umso wichtiger ist es, dass die Nordwestschweiz Fachpersonen in die Oberrheinkooperation delegiert. Bisher scheint die Beteiligung der kantonalen Fachpersonen zufriedenstellend. Die Schweizer Delegation appelliert an die Kantonsregierungen, sicherzustellen, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in den Pflichtenheften der Verwaltungsstellen verankert ist.

5 Antrag

Die Schweizer Delegation des Oberrheinrates beantragt den Parlamenten der Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Solothurn und Jura, vom Zweijahres-Bericht der Delegation Kenntnis zu nehmen.

Im Namen der Schweizer Delegation



Helmut Hersberger
Grossrat Basel-Stadt, Delegationsleiter



Peter Brodbeck
Landrat Basel-Landschaft, Vorstandsmitglied



Roland Agustoni
Grossrat Aargau, Vorstandsmitglied